

„Wer mehr hat, muss mehr schultern“

Rede Klaus Wicher, Kundgebung des DGB auf dem Harburger Rathausplatz, 1. Mai 2021



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
auch ich begrüße euch herzlich zur heutigen 1. Mai Kundgebung in Harburg "Solidarität ist Zukunft! Für bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne kämpfen, für ein Sozialsystem, dass niemand zurücklässt! Schön das ihr alle da seid!

Auch ich hätte gerne eine Welt ohne Virus. So ist es aber nicht. Gerade deswegen ist es ein tolles Zeichen, dass trotzdem heute Tausende in ganz Deutschland zu den Mai-Kundgebungen gekommen sind. Die stärkste Bewegung in Deutschland sind die Gewerkschaften. Wir sind Garanten für den sozialen Fortschritt und sichern gute Arbeit. Das sage ich Euch als Vorsitzender eines Sozialverbandes. Gut das Ihr alle gekommen seid.

Unsere Kampfkraft ist ungebrochen. Dies ist unser Kapital, dass wir einbringen, mit dem wir tarifliche und gesellschaftspolitische Fortschritte erreichen. Das zeigt Ihr auch heute beim 1. Mai hier in Harburg.

Im September wird ein neuer Bundestag gewählt. Die Corona-Pandemie hat grundlegende Systemfehler und Fehlentwicklungen in den Sozialversicherungssystemen aufgezeigt. Das Armutsrisiko und die soziale Ungleichheit in Deutschland nehmen dramatisch zu, Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen und die Zahl langzeitarbeitsloser Menschen ohne Chancen auf reguläre

Beschäftigung vergrößert sich zunehmend. Die Gewerkschaften und der SoVD werden sich damit nicht abfinden.

Gegen diese Entwicklungen leisten wir Widerstand, auch heute am 1. Mai, Kolleginnen und Kollegen.

Wir müssen den Sozialstaat reformieren und stärken, um den sozialen Frieden zu erhalten. Die soziale Ungleichheit in Deutschland hat deutlich zugenommen. Nur ein Prozent besitzen ein Drittel des Vermögens von 6,6 Billionen Euro. Auf der anderen Seite haben 50 Prozent gar nichts oder Schulden. Armut und Reichtum haben in der Krise zugenommen. Deswegen muss jetzt gerecht umverteilt werden - dass fordern Gewerkschaften und der SoVD gemeinsam.

Nach der Pandemie brauchen wir wieder ein tragfähiges Arbeits- und Sozialsystem. Dazu müssen starke Schultern mehr beitragen. Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Kraftakt, an dem sich vor allem diejenigen beteiligen müssen, die viel haben. Die Last darf nicht den sozial Benachteiligten auch noch aufgebürdet werden. Solidarität und soziale Gerechtigkeit muss im Mittelpunkt des Handelns stehen. Darauf werden wir achten. Denn diese Krise bezahlen bisher die Menschen mit niedrigen Löhnen. Die Hälfte derjenigen, die weniger als 900 Euro monatlich verdienen, haben einen Totalschaden erlitten. Allein der Rückgang der Minijobs vollzog sich fast vollständig zu Lasten der Frauen, die Null-Absicherung haben. Betroffen sind die Solo-Selbständigen und Kleingewerbetreibenden, die unmittelbar in die Armutsfalle Hartz IV abgerutscht sind. Das geht so nicht, das nehmen wir nicht hin. Hier muss gewaltig gegengesteuert werden.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes muss konsequent rückgängig gemacht werden. Oberstes Ziel ist die Umwandlung von prekären Beschäftigungsverhältnissen in sozial abgesicherte Normal-Arbeitsverhältnisse mit menschenwürdigen Bedingungen und tariflichen Löhnen. Leiharbeit, Werkverträge und Scheinselbstständigkeit sind massiv abzubauen und sachgrundlose Befristungen sind abzuschaffen. Zudem ist das gesetzliche Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit auf alle Beschäftigten auszuweiten. Der Mindestlohn ist schnell auf ein lebensnotwendiges Niveau von 15 Euro anzuheben. Dies ist der Weg aus der Armut und gegen gesellschaftlich Spaltung. Diesen Weg müssen wir gehen, den werden wir einfordern, Kolleginnen und Kollegen.

In der Verkehrs- und Klimapolitik ist dringenden Handlungsbedarf gegeben. Ohne sozialem Ausgleich geht das aber nicht. Besondere Bedarfslagen sozial benachteiligter Menschen und strukturschwache Regionen müssen berücksichtigt werden. Das sind Aufgaben der Zukunft, die nur bewältigt werden können, wenn Vermögen und Einkommen gerecht verteilt werden. Wir brauchen sehr schnell eine solidarische Steuerreform: Höhere Einkommensteuersätze mit einer Reichensteuer, eine Vermögensteuer, eine gerechte Erbschaftsteuer und einiges mehr, damit die Reichen an den Lasten gerecht beteiligt werden!

Harburg

In der Pandemie wird deutlich: Der Hamburger Senat stellt sich nicht den sozialpolitischen Herausforderungen in der Stadt. Besonders viele Harburger*innen leiden noch heute darunter. Es fehlen ausreichende Impf- und Testmöglichkeiten, kostenfreie Masken in ausreichender Zahl. In Harburg leben viele Menschen auf engem Raum, viele müssen mit dem ÖPNV fahren und sind erhöhten Ansteckungsgefahren ausgesetzt. Es ist doch skandalös, dass erst massive Proteste den Senat auf die Lage der Harburger*innen aufmerksam gemacht haben. Jetzt reagiert er, immerhin! Dabei hätte der Senat wissen müssen, dass es in Harburg ein erhöhtes Risiko gibt, zu erkranken. Darauf haben wir oft genug hingewiesen und dass weiß der Senat auch und hätte handeln können und müssen.

Sehr viele Harburger müssen von Sozialleistungen leben. Die Zahl der Hartz IV-Empfänger in Harburg ist mit 21,6 Prozent besonders hoch. Alle wissen, dass Arme ein deutlich höheres Risiko haben zu erkranken und früher sterben. Das lässt sich belegen: In der unteren Einkommensgruppe für Männer ist die Lebenserwartung 71 Jahre, in der höheren 79,4 und bei Frauen ist das Verhältnis 78 zu 82 Jahren.

An den Senat sei die Frage zu richten, warum erst der SoVD und der NDR einen Zusammenhang zwischen einer höheren Infektionsgefahr und der sozial-prekären Lage in Hamburg aufdecken mussten: „Warum hat der Senat nicht selbst die Hand an den Puls derer gelegt, die in Harburg, Billstedt, St. Pauli, Steilshoop oder auf der Veddel in Armut leben, sich stärker anstecken als anderswo und unter Corona massiv leiden.“ Stattdessen kamen kostümierte Stelzenläufer*innen, um über Corona aufzuklären. Das ist scheinheilig. Der Senat muss sich fragen lassen, warum er nicht längst massiv Armut bekämpft hat.

Der Senat kann...

- die Grundsicherung aus eigenen Mitteln erhöhen
- für Bedürftige freie Fahrt mit dem ÖPNV einräumen
- freien Eintritt in Kultur, Sport und Unterhaltungsangebote gewähren. Und vieles mehr.

Wir werden den Senat zum Handeln auffordern, Kolleginnen und Kollegen.

„Corona ist Indiz dafür, dass Geld und Gesundheit zwei Seiten einer Medaille sind.“ Die Untätigkeit werden wir dem Senat in Zukunft nicht mehr durchgehen lassen! Wir erwarten schnell ein Konzept und Maßnahmen gegen Armut in der Stadt, das ist längst überfällig, Kolleginnen und Kollegen.

Die Pandemie hat vor allem schonungslos die Schwächen in der Kranken- und Pflegeversicherung aufgezeigt. Mittel aus der Krankenversicherung gehören nicht in die Taschen der Krankenhaus- und Pflegekonzerne. Hier zeigt sich, dass der Verkauf des „Landesbetriebes Krankenhäuser“ und des großen städtischen Pflegeanbieters „Pflegen und Wohnen“ 2007 durch den damaligen CDU Senat gravierende Fehler gewesen sind. Das Krankenhaus Groß Sand im Hamburger Süden steht zum Verkauf. Warum bemüht sich der

Senat von Rot/Grün nicht und kauft das Krankenhaus? Hierauf wollen wir Antworten, Kolleginnen und Kollegen.

Der Abbau von Leistungen muss gestoppt und Zuzahlungen müssen abgeschafft werden. Die gesetzliche Krankenversicherung gehört einheitlich und solidarisch finanziert. Ziel ist eine von allen getragene solidarische Bürgerversicherung, um eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Versorgung für alle sicherzustellen. Dies fordern wir zur Bundestagswahl ein.

Die Pflegekräfte wurden in der Pandemie beklatscht. Was haben sie davon? Nichts! Den Pflegenotstand müssen wir überwinden. Würdevolle und qualitativ hochwertige Pflege erfordert vor allem eine bedarfsgerechte Personalausstattung bei guter Bezahlung. Damit kann der Pflegenotstand wirksam behoben werden. Nur dann erreichen wir eine Anerkennung der aufopferungsvollen Leistungen dieser Menschen in der Pandemie. Klatschen allein hilft nicht!

Das Pflegerisiko solidarisch absichern bedeutet, die Pflege-Bürgerversicherung als Vollversicherung einführen. Das ist die Lehre aus Corona. Das muss kommen und zwar jetzt, Kolleginnen und Kollegen.

Die häusliche Pflege muss gestärkt werden. Zur Entlastung pflegender Angehöriger muss die ambulante Pflege flächendeckend sichergestellt, deutlich ausgeweitet und gestärkt werden. Jetzt soll das Tagespflegebudget halbiert werden. Was geht in den Köpfen der verantwortlichen Politiker eigentlich vor?

Rente

In Hamburg erhalten 53 Prozent aller Rentner*innen eine Bruttoarmutsrente von nur maximal 1.000 Euro. Das ist für viele Menschen die bittere Wirklichkeit! Nur 4,6 Prozent haben eine Rente von über 2.000 Euro. Die Folge ist, dass in Hamburg fast 50.000 Rentner*innen Grundsicherung erhalten. Zur Vermeidung von Altersarmut muss unser Rentensystem dringend reformiert werden. Abgeschafft gilt das sogenannte Drei-Säulen-Modell in der Alterssicherung. Wir brauchen ein stabiles und lebensstandardsicherndes Rentenniveau von 53 Prozent, nur das garantiert eine verlässliche und auskömmliche Rente. Die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel gehören auf den Müllhaufen der Geschichte.

Altersarmut wirksam bekämpfen bedeutet vor allem: Rentenansprüche müssen durch gute Löhne aufgebaut werden können, ausreichende Rentenversicherungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflege sowie bessere Leistungen in der Rentenbezugsphase. Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten sind abzuschaffen. Unser Hauptziel ist die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle solidarisch einzahlen, damit alle eine ordentliche Rente erhalten können.

Gemeinsam werden wir für die Einführung dieser Erwerbstätigenversicherung kämpfen müssen. Sie kommt nicht von allein, das wissen wir, dazu brauchen wir euch alle, Kolleginnen und Kollegen.

Kinder und Jugendliche

Die Zukunftschancen müssen für alle Kinder und Jugendliche gleich sein. Rund drei Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Skandalös ist: Jedes vierte Kind lebt in Hamburg in Armut. 1,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland beziehen Grundsicherungsleistungen, davon leben knapp eine Million Kinder in alleinerziehenden Haushalten. Und in Hamburg sind es gerade die alleinerziehenden Frauen, die besonders stark von Armut betroffen sind.

Jetzt meldet sich auch Olaf Scholz zu Wort. Er sieht eine zunehmende soziale Spaltung. Donnerwetter. Einer der Architekten der Agenda 2010, einer der Mitverursacher dieser Miesere. Olaf Scholz sollte doch mal ein Konzept zur Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung vorstellen. Schafft die Hartz-Gesetze ab. Glaubwürdigkeit erlangt man nicht durch Reden - sondern nur durch Taten. Wir fordern, das soziokulturelle Existenzminimum für Kindern und Jugendliche sofort. Diesen unhaltbaren Zustand können und wollen wir so nicht weiter hinnehmen, Kolleginnen und Kollegen.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Ein Wort noch zum wachsenden Rechtsextremismus. Für uns gilt: Wo Menschenrechte verachtet werden, stehen wir auf. Für eine weltoffene, demokratische und auch eine bunte Gesellschaft. Europaweit und in Deutschland nimmt der Rechtspopulismus zu. Gewerkschafter, Sozialverbände und viele andere haben auf breiter Front öffentlich dagegehalten. Dafür möchte ich allen, die sich beteiligt haben, ganz besonders herzlich danken. Wir wehren uns gegen Rechtsextremismus und Nationalismus, gegen Rassismus und Intoleranz. Keinen Fußbreit den Rechten!

Kolleginnen und Kollegen,

wir setzen uns für die Rechte der Arbeitnehmer*innen ein. Gestern, heute und morgen. Für uns gilt: Der Mensch muss im Mittelpunkt des Wirtschaftens stehen und nicht das Kapital. Lasst uns zusammen streiten damit wir unser Ziel erreichen: „Die Arbeit und unser Sozialsystem der Zukunft gestalten wir!“ Bleibt gesund!